

Kapitel_11 Soziales

Antragsteller*in: Lisa-Marie Friede

Text

1293 Die soziale Ungleichheit wächst und die Verteilung von Einkommen und Vermögen
1294 driftet immer mehr auseinander. Die Armutsgefährdung der Kölner*innen ist sogar
1295 noch größer als der Bundesdurchschnitt: In Köln ist ein Viertel der Bevölkerung
1296 armutsgefährdet. Insbesondere Langzeitarbeitslose, Frauen, Alleinerziehende und
1297 Menschen mit Migrationsgeschichte sind von Armut betroffen. Menschen in prekären
1298 Beschäftigungsverhältnissen, wie im Niedriglohnbereich, oder Langzeitarbeitslose
1299 leiden dabei häufig an sozialer Ausgrenzung und geringen Teilhabechancen.
1300 Steigende Mieten und der Mangel an öffentlich geförderten sowie bezahlbaren
1301 Wohnungen verschärfen die prekäre Lage für Menschen mit niedrigem Einkommen
1302 zunehmend. Viele werden aus ihrem gewohnten Wohnumfeld an den Rand der Stadt
1303 verdrängt. Auch ein Anstieg der Anzahl von wohnungslosen Menschen, insbesondere
1304 von älteren, ist die Folge. Arme Menschen sind proportional häufiger krank,
1305 suchtgefährdet und mangelernährt. Präventions- und Informationsprogramme müssen
1306 schon im Kindergartenalter ansetzen. Kommunalpolitik kann Armut nicht
1307 verhindern, sie kann aber die Folgen von Armut durch stadtentwicklungspolitische
1308 Maßnahmen, eine gute Infrastruktur sowie ein breites soziales Beratungs-, Hilfe-
1309 und Unterstützungsnetz lindern. Diese Kombination an sozialpolitisch gedachten
1310 Maßnahmen wirkt vorsorgend als auch aktiv unterstützend und nachsorgend im
1311 Bedarfsfall und stärkt die Chancen für gelingendes, selbstbestimmtes Leben.
1312 Dabei stehen der Kommunalpolitik freie Träger und Wohlfahrtsverbände, zahlreiche
1313 Selbsthilfegruppen und viele engagierte Bürger*innen zur Seite.

1314 Unsere Grüne Vision für Köln

1315 Wir wollen ...

- 1316 • ein System der sozialen Sicherheit für alle Menschen schaffen, das die
1317 Würde der Person zur Grundlage hat.
- 1318 • durch aktive Sozialpolitik allen Menschen Chancen für ein gelingendes,
1319 selbstbestimmtes Leben ermöglichen und ihre Teilhabe an der Gesellschaft
1320 sichern.
- 1321 • der Zusammenarbeit mit freien Trägern, Selbsthilfegruppen und
1322 Wohlfahrtsverbänden und der Einbindung engagierter Bürger*innen sowie der
1323 Hilfe zur Selbsthilfe und der Selbstbestimmung einen hohen Stellenwert
1324 geben.
- 1325 • durch eine an die besonderen Bedarfe der Menschen ausgerichtete
1326 Stadtentwicklungs-, Wohnungsbau-, Beschäftigungs-, Sozial- und
1327 Quartierspolitik gute Lebensbedingungen stärken bzw. schaffen.

1328 Unsere Grünen Erfolge in Köln

1329 Wir haben ...

- 1330 • nicht nur dafür gesorgt, dass Kürzungen im Sozialbereich zurückgenommen
1331 wurden, sondern zusätzlich das breite Netz der Hilfs- und

Beratungseinrichtungen finanziell gestärkt z. B. für die Arbeit mit Arbeitslosen, Senior*innen, Frauen in Notsituationen, Alleinerziehenden, Geflüchteten, Obdachlosen und Straffälligen.

- die Erstellung eines Lebenslagenberichts (Armuts- und Reichtumsbericht) in die Wege geleitet, der Auskunft darüber gibt, wie die Lebensbedingungen in den Stadtteilen sind und wo Handlungsbedarf für die Politik besteht.

- in Zusammenarbeit mit der Oberbürgermeisterin und unserer Kämmerin ermöglicht, dass der städtische Haushalt pünktlich beschlossen und damit Planungssicherheit für Wohlfahrtsverbände und kleinere Träger geschaffen wird.

Unsere Grünen Ziele für Köln

Wir werden ...

- nicht hinnehmen, dass Menschen an den Rand gedrängt werden, weil sie keine Erwerbsarbeit haben, sich ihre Mieten nicht mehr leisten können oder alt und krank sind. Beratende, unterstützende und stabilisierende Maßnahmen und Einrichtungen müssen weiterhin bereitgestellt und gefördert werden.
- mehr Gemeinwesenarbeit, d. h. Hilfen direkt vor Ort, aus einer Hand, nah bei den Menschen und angepasst an ihre Bedürfnisse fördern.
- Armut nicht nur in der Statistik erfassen, sondern frühzeitig durch zielgerichtete Maßnahmen und Angebote wirksam vermeiden und bekämpfen – dazu brauchen wir eine gute Sozialplanung.
- uns weiterhin dafür einsetzen, dass trotz der notwendigen Haushaltssanierung keine Kürzungen des Sozialbudgets vorgenommen werden.
- dafür sorgen, dass die Verwaltung ämterübergreifend zusammenarbeitet, damit Projekte und Maßnahmen v. a. in den Sozialräumen schneller umgesetzt werden.
- fordern, dass die städtische Förderung für Projekte, Angebote und Maßnahmen nicht nur an klare Ziel- und Leistungsvereinbarungen geknüpft ist, sondern auch überprüft wird, ob die Menschen von den erbrachten Leistungen profitieren, die finanziellen Mittel also wirkungsvoll eingesetzt werden.